

# Begrüßungsrede zum Neujahrsempfang des CSU-Kreisverbandes Passau-Stadt

2. Februar 2019

Prof. Dr. Holm Putzke

Hohe Geistlichkeit, namentlich Herr Dekan Dr. Bub, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie im Namen der Passauer CSU zu unserem Neujahrsempfang willkommen heißen: ein ganz herzliches „Grüß Gott“.

Ohne eine Schule als Veranstaltungsort und ohne Töpfe schlagende Demonstranten müssen wir heuer selber für ein spannendes Programm sorgen. Nein, kein Wort zu unseren personellen Luxusproblemen. Ich schaue in die Runde und sehe in manchen Gesichtern Bedauern, in anderen Erleichterung. Und ein spannendes Programm beinhaltet genauso wenig Anmerkungen zu Diesel-Grenzwerten oder zum Tempolimit – jedenfalls nicht von mir. Das auszuklammern, gebietet die knappe Redezeit, also der gesunde Menschenverstand.

Wir setzen andere Akzente: Bitte begrüßen Sie mit mir unseren Ehrengast, den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und frischen Träger der Bayerischen Verfassungsmedaille, Dr. Gerd Müller. Lieber Herr Dr. Müller, Glückwunsch zu der Ehrung und wir freuen uns sehr, dass Sie bei uns sind. Aber damit nicht genug. Bitte begrüßen Sie mit mir nicht minder herzlich den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, unseren örtlichen Bundestagsabgeordneten Andreas Scheuer.

1/8 der Bundesregierung bei einem Neujahrsempfang – das dürfte bayernweit einmalig sein. Den Faktencheck überlassen wir dem Büro des Oberbürgermeisters.

Bei unserem Neujahrsempfang ist es gute Tradition, einige Gäste besonders zu erwähnen. Und ich möchte Ihnen vorschlagen, dass wir den Willkommensapplaus ans Ende der Begrüßung verschieben.

Zunächst begrüße ich ganz herzlich die Generalkonsuln von Ungarn und Polen, Gabor Tordai-Lejko und Andrzej Osiak. Sodann gilt mein herzlicher Gruß unseren Abgeordneten aus dem Landtag, Professor Dr. Gerhard Waschler und Walter Taubeneder, sowie Bezirksrat Josef Heisl, ebenso wie unserem Landrat Franz Meyer sowie seinen Stellvertretern Gerlinde Kaupa und Raimund Kneidinger.

Ein herzliches Willkommen den zahlreichen Mandats- und Amtsträgern aus dem Kreis und der Stadt Passau, darunter viele Bürgermeister, Kreis- und Stadträte, stellvertretend Wolfgang Lindmeier aus unserer Nachbargemeinde Neuburg am Inn, ebenso wie dem Fraktionsvorsitzenden Armin Dickl, stellvertretend für die sehr zahlreich anwesenden Stadträte.

Es freut mich besonders, dass die Parteigrenzen hier keine Rolle spielen: willkommen Andreas Dittlmann und Karl Synek – man könnte auch sagen: willkommen zurück bei der CSU-Familie! Meine Herren mit Blick auf 2020: Neue Koalitionen braucht die Stadt! Wohlgemerkt „Stadt“, nicht „Land“!

Immer wieder freuen wir uns, wenn Alt-OB Willi Schmöllner mit seiner Ehefrau Annemarie Schmöllner uns die Ehre gibt, ebenso Herr Landtagspräsident a.D. Friedrich Bernhofer aus Österreich.

Besonders freuen wir uns auch über die zahlreichen Gäste aus den Behörden. Stellvertretend für alle Vertreterinnen und Vertreter darf ich ganz herzlich willkommen heißen die Präsidentin der Universität Passau, Frau Professorin Carola Jungwirth, den Vizpräsidenten Professor Harald Kosch und den Kanzler, Dr. Achim Dilling, sowie Polizeidirektor Stefan Schillinger.

Und ich erweitere den Gruß auf alle Vertreter aus der Wirtschaft, stellvertretend begrüße ich den Sparkassenvorstand Herrn Helmschrott, auf den Bereich der Arbeitnehmervertretungen, der Gesundheit, stellvertretend darf ich den Chef der Kinderklinik Professor Keller begrüßen, auf die Bereiche Schule, Sport, Feuerwehren, Rotes Kreuz, THW, Malteser, VdK, Kinderschutzbund und viele andere Einrichtungen, nicht zuletzt grüße ich alle aus dem Bereich Kunst und Kultur, wobei ich Rosemarie Weber hervorheben möchte als unermüdliche Kämpferin für die „Europäischen Wochen“.

A propos Kultur: Ein Gruß und ein Dankeschön an unsere wunderbaren Musiker: Gernot Hein und seine Tochter sowie Uli Schwarz. Hier ist allemal Zeit für Applaus.

Ein großer Dank geht auch an unsere Sponsoren – ich möchte stellvertretend den Direktor der Löwenbrauerei Markus Schröder nennen. Dank auch allen Helfern, darunter Raimund Kneidinger und an die Junge Union sowie an den Landwirtschaftlichen Bezirksverein, insbesondere an den Präsidenten Horst Wipplinger, den Geschäftsführer Josef Ritzer und nicht zu vergessen an den Hausmeister Herrn Schwankl.

Ich begrüße schließlich die Medien, stellvertretend Familie Diekmann und den Chefredakteur Ernst Fuchs für unsere Heimatzeitung.

Ob namentlich genannt oder nicht: Wir freuen uns über alle, die gekommen sind, und ich sage noch einmal herzlich „Grüß Gott!“

Mit einem straffen Programm versuchen wir, dass noch genügend Zeit für gemeinsame Gespräche bleibt. Denn das ist uns wichtig: miteinander ins Gespräch kommen, Menschen zusammenzubringen, die sonst vielleicht nur selten zusammenkommen. Dabei geht es uns vor allem um diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren und die sich damit um den gesellschaftlichen Zusammenhalt kümmern. Wir haben zwar hier und heute keinen Preis und heben niemanden besonders hervor – aber wir wollen Anerkennung und Dank klar und deutlich artikulieren. Vor allem die Vereine mit ihren ehrenamtlich Tätigen sind – neben den Familien – integrative Kraftzellen. Das Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Gesellschaft und wir sollten alles dafür tun, es zu stärken. In Bayern tun wir dafür eine Menge. Ich erwähne beispielhaft nur den „Pakt für das Ehrenamt“ oder die Ehrenamtskarte, die wir nun auch in Passau haben, nicht zuletzt dank des Einsatzes von Gerhard Waschler.

Themenwechsel: Gerhard Waschler hatte vermutlich in der letzten Woche einiges zu erklären. Stichwort: „medizinische Fakultät“. Sie wäre zweifellos ein Gewinn für unsere Heimat. Und ich bin ehrlich enttäuscht über die Entscheidung des Landtagsausschusses. Aber: Das war eine Absage mit Ansage. Franz Meyer hat vollkommen Recht: Der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt war nicht zielführend. Und auch im Landtagswahlkampf wurde das Thema verramscht und der Generierung von Schlagzeilen geopfert. Gefragt gewesen wären Gespräche, Konzepte und Überzeugungsarbeit.

Nur am Rande: Wie sieht eigentlich der Beitrag unseres OB aus? Wie oft war er aus diesem Anlass in München, wie intensiv hat er das Gespräch gesucht mit den Abgeordneten der Regierungsfractionen? Wie so oft lobt er eine Initiative salbungsvoll und lässt dann andere die Arbeit machen.

Ich weiß aus Erfahrung, dass das auch anders geht: Mein Vater war fast zwei Jahrzehnte Bürgermeister, und ich habe viel von ihm gelernt. Hartnäckig klopfte er an die Türen im Regierungspräsidium und in den Ministerien. Und es kam nicht selten vor, dass die Beamten ihm erschöpft von endlosen Diskussionen und wiederholten Terminen das bewilligten, was er für seine Stadt haben wollte. Von dem legendären Oberbürgermeister Dieter Görlitz aus Deggendorf stammt der Spruch: „Wenn die Kollegen aus Niederbayern nach München fahren, um über Projekte zu verhandeln, dann muss ich schon wieder auf dem Rückweg sein!“ SO verhält sich ein starker Interessenvertreter.

Bei der Gelegenheit zu einem ähnlichen Thema, das gerade landauf landab durch die Medien jagt: „Rettet die Bienen“. Ich komme von einem Bauernhof und ich kann mit Fug und Recht sagen: Ich bin ein Bienenfreund und ich kenne deren Bedeutung nicht nur aus dem Internet, sondern von den Feldern und aus dem Garten meiner Großeltern. Das Tückische an dem Slogan „Rettet die Bienen“ ist, dass es niemanden gibt, der sich spontan dagegen aussprechen kann – es handelt sich damit per Definition um eine klassisch populistische Initiative.

Denn auf die Frage: „Wollen Sie die Bienen retten?“ kann man, wenn man nicht gerade gestochen wurde, nur mit „Ja“ antworten, genauso wie auf die Frage „Wollen Sie mehr Wohlstand für alle“. Aber es ist wie bei Verträgen: Man sollte das Kleingedruckte lesen. Und dann entpuppt sich die bunte Truppe der Initiatoren rasch als Baumeister einer trojanischen Biene. Denn die Änderungsvorschläge enthalten eine riskante Mischung aus Planwirtschaft, Ordnungsrecht und Bevormundung von Landwirten, die übrigens am besten wissen, was gut für die Umwelt und für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist. Die Notwendigkeit von Biodiversität und nachhaltiger Landbewirtschaftung liegt auf der Hand – aber der Weg dorthin führt nicht über noch mehr Bürokratie und Zwang. Die bayerische Landwirtschaft ist schon jetzt vorbildlich, etwa bei Blühstreifen, der Förderung bäuerlicher Biobetriebe und nachhaltiger Bewirtschaftung.

Nachhaltige Politik muss immer auch verantwortliche Politik sein, also das „große Ganze“ im Blick behalten: Und das heißt, nicht bei der Frage „ökologisch verträglich?“ stehen zu bleiben, sondern auch zu fragen, ob es sich um einen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität handelt und, ganz wichtig, ob die Konsequenzen sozial gerecht sind.

Nachhaltigkeit ist übrigens grenzüberschreitend. Mustergültig ist hier die Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises Passau – mit besonderem Bezug zu Afrika. Wer sich dazu später informieren möchte, kann dies tun bei Raimund Kneidinger und ich weise hier zugleich auf ein wichtiges Projekt hin, das Angelika Thuringer initiiert hat, die sich über jede Unterstützung freut.

A propos Nachhaltigkeit und Umweltschutz: Im Januar 2018 haben wir das Anlegen von Blühwiesen beantragt und der Umweltausschuss hat dies auch beschlossen. Ich frage mich, warum es immer gleich ein ideologisch aufgeladenes Volksbegehren sein muss, wenn man doch vor Ort durch ganz konkrete Maßnahmen viel mehr erreichen kann. Nur: Wo sind solche Initiativen eigentlich bei uns in Passau? Was hat die hiesige „Grüne Koalition“ aus SPD/ÖDP und Grünen eigentlich bewirkt? Gibt es irgendein nennenswertes ökologisch nachhaltiges Projekt, fällt Ihnen irgendeine Maßnahme ein, die spürbar für mehr Umweltschutz gesorgt hat?

Dabei gibt es enormen Handlungsbedarf – jeder weiß und spürt das.

Es bewegt sich allerdings nur dann etwas, wenn eine nachhaltige Stadtentwicklung auch für die Stadtspitze eine Herzensangelegenheit ist. Ein Beispiel dazu: 2018 wurde u.a. die Videoüberwachung im Klostergarten diskutiert, in den Augen vieler Experten übrigens keine sinnvolle Maßnahme. In diesem Zusammenhang haben wir ein alternatives Sicherheitskonzept vorgelegt, einen „6-Punkte-Plan“. Darin enthalten war die auf die Junge Union zurückgehende Initiative zur Beleuchtung der Innpromenade zwischen Marienbrücke bis zur Universität und ASG, was inzwischen erfolgt ist.

Wir hatten vorgeschlagen, die LED-Leuchten mit einer Steuerungssoftware zu versehen, wobei die Lichtquellen intelligent digital vernetzt werden, um jenseits einer Orientierungsbeleuchtung bedarfsorientiert Licht zu spenden. Das praktiziert zum Beispiel der Kanton Bern schon sehr erfolgreich. Und das System spart Energie und reduziert die Lichtverschmutzung. Alles ökologisch sinnvoll. Wurde der Vorschlag aufgegriffen? Nein. Überhaupt gibt es keinerlei groß angelegte Ansätze, etwa zur Müllvermeidung, CO<sub>2</sub>-Reduktion oder zum Energiesparen.

Was alles machbar wäre, lässt sich zum Beispiel an Tübingen sehen, wo mit Boris Palmer ein Oberbürgermeister Verantwortung trägt, der zwar Mitglied bei den Grünen ist, der von der eigenen Partei aber wie der Betreiber eines Kohlekraftwerks behandelt wird. Palmer ist ein Macher, streitbar, aber er packt und schiebt an. Tübingen blüht. Und Passau? Passau steht im Stau. Es muss doch langsam auffallen, wenn jemand immer nur kurz vor einer Wahl aktiv wird und danach einfach nicht mehr viel geschieht. Lesen Sie doch bitte einmal das „Stadtentwicklungskonzept 2012“. Es enthält viele innovative Ideen. Aber das Konzept ist das Papier nicht wert – denn es wurde nie ernsthaft versucht, die dort herausgearbeiteten Herausforderungen zu meistern sowie die Ideen umzusetzen, allenfalls halbherzig – es könnte ja Wählerstimmen kosten. Eine ehrliche Evaluation fiel vernichtend aus.

Was uns in Passau fehlt, ist eine vorausschauende und mutige Politik. Sinnbildlich dafür steht die Äußerung der OB-Sprecherin zu den drohenden Verkehrsproblemen im Zusammenhang mit dem Neubau des Polizeigebäudes. Laut Frau Schmeller werde man das Thema prüfen, „sobald von diesem Standort aus Einsätze gefahren werden“. Kurz: passive Problemverwaltung statt aktive Problemvermeidung. So darf man keine Politik machen!

Das lässt sich vielerorts beobachten: Ob Innviertel, Sturmsölden, Thann, Peschl-Quartier – bei den Planungen fehlt der große Blick für die Infrastruktur und die durch solche Projekte sich verschärfenden Verkehrsprobleme. Das gilt im Übrigen auch für das prognostizierte Wachstum der Universität. Wenn wir uns bis 2023 auf 15.000 Studenten zubewegen, ist es höchste Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir die Infrastruktur dafür anpassen.

Dabei hat unsere Stadt unglaubliches Potential und die Rahmenbedingungen sind derzeit ideal. Wer hat schon einen Bundesverkehrsminister im Stadtrat sitzen. Nur ein paar Stichworte:

Winterhafen: Für uns war und ist die Entwicklung des Winterhafens ein wichtiges Zukunftsprojekt. Dabei geht es um den gesamten Bereich zwischen Bahnhof und Stelzhamerstraße. Andere Städte haben solche Gebiete mit einer Landesgartenschau aufgewertet. Davon könnte ein kraftvoller städtebaulicher Impuls ausgehen. Das geht aber nur mit jemandem, für den so etwas eine Herzensangelegenheit ist, der diese dann zur Chefsache macht, dafür überall kraftvoll wirbt und Überzeugungsarbeit leistet.

Abschließend noch ein Wort zum Thema Verkehr: Plötzlich ist eine Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans im Gespräch, was vorher strikte Ablehnung erfuhr. Aber es steht 2020 ja eine Wahl an, da braucht es Aktionen. Dass die alten Planungen der jetzigen Situation nicht mehr gerecht werden, hat im September 2016 schon unsere Seniorenunion erkannt und den OB in einem Brief zur Aufstellung eines Generalverkehrsplans aufgefordert. Die Antwort des OB entlarvt den jetzigen Vorstoß als rein wahltaktisches Manöver. Denn die Antwort lautete vor knapp zwei Jahren: „Wir sehen im Augenblick keine Veranlassung den Verkehrsentwicklungsplan fortzuschreiben oder gar neu aufzustellen.“ Ende der Durchsage.

Seit der populistischen Wiederöffnung der Ringstraße hat Jürgen Dupper nichts Wirkungsvolles getan, um die inakzeptable Verkehrssituation, die massiv Lebensqualität beeinträchtigt, in den Griff zu bekommen.

Was wir brauchen, sind keine kosmetischen Maßnahmen, sondern eine effiziente Verkehrslenkung und -steuerung. Die Digitalisierung bietet enormes Potential für moderne Verkehrsleitsysteme. Seit fast zwei Jahrzehnten hat sich für die Nutzbarmachung digitaler Technologien der Begriff „Smart City“ etabliert. Seit fast zwei Jahrzehnten! Haben Sie schon einmal etwas von der Stadtspitze gehört über „Smart City“? Nicht? Woran könnte das liegen? Ganz einfach: Es fehlen Visionen und der politische Wille.

Hier und heute ist kein Platz, das gründlicher darzustellen. Wir werden zur Kommunalwahl ein zukunftsweisendes Programm erarbeiten und uns damit bewerben, wieder eine Gestaltungsmehrheit zu bekommen.

Davor liegt aber noch ein anderes wichtiges Ereignis: die Europawahl, die zu einer Zäsur werden könnte. Ich möchte Klaus Fiedler nicht vorgreifen. Nur so viel: Was auf dem Spiel steht, ist mehr als Vielen bewusst ist. Europa ist – wie Vereine im Kleinen – eine integrative Kraftzelle. Nationalismus ist geeignet, diese Kraftzelle zu zerstören und damit zugleich das friedliche Miteinander und unseren Wohlstand ernsthaft zu gefährden.

Man muss gar nicht bis zu den Schlachtfeldern der beiden Weltkriege in Frankreich reisen – es genügt eine Fahrt nach Leithen, dem einzigen Soldatenfriedhof in Niederbayern, um zu verstehen, dass die Europäische Union vor allem ein Garant für Frieden ist. Nationalstaatliche Egoismen sind Gift für die Völkerverständigung und Gift den Zusammenhalt. Die CSU war schon immer eine bekennende Europa-partei – anders als 2014 dieses Mal sogar ohne zweifelnde Zwischentöne und mit einem Spitzenkandidaten aus Niederbayern, der es schaffen kann, Kommissionspräsident zu werden. Eine wirklich einmalige Chance! Manfred Weber ist wie Klaus Fiedler und ich, als weitere Kandidaten, aus Überzeugung Europäer.

Das lässt mich zum Schluss kommen und überleiten zu unserem Ehrengast. Dr. Gerd Müller ist auch ein überzeugter Europäer – er war von 1989 bis 1994 sogar Mitglied des Europäischen Parlaments. Heute ist er, kurz gesagt, Entwicklungsminister und ein Afrikaexperte. Das Schicksal Afrikas ist eng verknüpft mit dem Schicksal Europas. Auch deshalb bereist Gerd Müller den Kontinent oft – falls der Regierungsfieger das zulässt.

Wir müssen den Menschen mit Elan und Zukunftsfreude Perspektiven geben, Mut machen und Herausforderungen gemeinsam tatkräftig bewältigen. Das gilt nicht nur für Afrika oder Europa im Großen, sondern überall – und ganz besonders für die Politik.

Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen weiterhin einen schönen Neujahrsempfang. Herr Dr. Müller – wir freuen uns auf Ihren Vortrag.

--- Es gilt das gesprochene Wort. ---